

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Einbrecherkampf im Botschaftspalais.

Politische Diebstahlsaffäre in Rom.

Rom, 5. März. (WIZ.) Die Villa des deutschen Botschafters wurde nachts von Einbrechern heimgesucht. Das Hauptpersonal schloß auf die Einbrecher und verwundete einen von ihnen am Fuß. Die Polizei nahm die Einbrecher fest. Die Agentin Stefani hierin meldet, hat es Ministerpräsident Mussolini gelobt, daß die Bezeichnung der Umgegend der Botschaft ungenügend gewesen sei. Er hat dem Botschafter sein Bedauern ausgesprochen.

Nach einer in Berlin eingetroffenen amtlichen Meldung aus Rom ist bei dem Anschlag der Legationssekretär Alkenburg durch Oberleutnant Schöner, aber erfreulicherweise nicht lebensgefährlich verletzt worden.

Ohne daß in diesen WIZ-Meldungen, die in Deutschland verbreitet werden, irgendein Verdacht ausgesprochen wäre, daß es sich um einen französischen Einbruch zur Erlangung deutscher Aktien handle, verbreitet die Agentin Havas eine lange Polemik gegen eine solche Anschuldigung. Darüber liegt folgende Meldung vor:

Paris, 5. März. (EE.) Der Kommentator der Havas-Agentur behauptet, daß es sich um einen einfachen Zwischenfall handle, bei dem man sich nicht weiter aufzuhalten brauche, wenn man sich nicht einem deutschen Manöver gegenüber befände, das diesen Zwischenfall in eine politische Angelegenheit umwandeln und ihn zum Schaden Frankreichs ausbeuten wolle. Die französische Regierung habe nicht die Absicht gehabt, sich irgendwelcher deutschen Dokumente zu bemächtigen. Deutschland beabsichtige, die guten Beziehungen zwischen Frankreich und Italien zu trüben. Die italienische Polizei glaube der deutschen Darstellung aber nicht. Der ganze Diebstahl erscheine befremdlich, zunächst deshalb, weil man in der deutschen Botschaft die Diebe erwartet habe. Das Personal lauerte ihnen auf. Man habe die ganze Angelegenheit dramatisieren wollen. Havas wünscht, daß die italienische Polizei das abschließende Ergebnis ihrer Untersuchungen baldmöglichst veröffentlichen möge. Inzwischen würden die deutschen Kreise wohl eine neue Uebersetzung vorbereiten.

Die Havas-Note richtet sich offenbar gegen folgende

### Darstellung des Botschaftspersonals,

die nach einer Pariser T.L.-Meldung der italienischen Polizei gegeben worden ist:

Selt einer Woche bemerken die Angestellten, daß verdächtige Individuen in der Umgebung der Botschaft sich herumtrieben und ihre Ausgänge bewachten. Außerdem machte es den Eindruck, daß die Mitglieder der Botschaft überwacht würden. Vor einigen Tagen wurden zwei italienische Karabinerilibertracht, die sich im Garten der Botschaft aufhielten. Auf eine Frage des Pförtners erklärten sie, geglaubt zu haben, daß es ein öffentlicher Garten sei. Daraufhin wurde das Personal zusammengerufen, und es wurden Vorsichtsmaßnahmen ergriffen. Die Sekretäre der Botschaft blieben die Nacht im Gebäude, und zwar im Nachbarräum des Geschäftszimmers, in welchem sich ein eiserner Schrank mit geheimen Schriftstücken befindet. In der letzten Nacht drangen um die Mitternachtsstunde drei Personen über die Diensttreppe in die Geschäftsräume und bemächtigten sich, nachdem sie den Schrank mit Hilfe eines Nachschlüssels geöffnet hatten, des Schließbuches und eines Umschlages mit diplomatischen Dokumenten. Daneben beand sich in dem Schrank eine Summe in Geldscheinen, die von den Einbrechern nicht berührt wurden. Der Botschafterssekretär v. Schmieden, der sich im Nebenraum befand, erfolgte die Einbrecher über die Treppe und gab einen Revolverknall ab, der einen am Bein verletzte. Das ergebnislose die Verhaftung von zwei Einbrechern, während der dritte entfliehen konnte. Das Botschaftspersonal stellte die Festgenommenen und unterzog sie einer Untersuchung. Währenddessen erschienen mehrere Personen, die trotz der verschlossenen Türen einjuchend: vernommen, gaben sich für Polizeialagenten aus und verlangten, daß man ihnen die Einbrecher ausliefern. Die Angestellten verweigerten das jedoch, indem sie erklärten, daß zuerst das italienische Außenministerium verständigt werden müsse. Die beiden angeblichen Polizeialagenten wurden als dieselben Personen festgestellt, die im Botschaftsgarten ertappt worden waren. Gestern früh begab sich der deutsche Botschafter in das Außenministerium, wo er vom Generalsekretär v. Conzarin empfangen wurde. Bald darauf besah sich ein Beamter des Ministeriums in die Botschaft zusammen mit vier italienischen Polizeibeamten, die die beiden Einbrecher verhafteten.

Diese Darstellung wird auch von zuständiger Berliner Stelle bestätigt.

### Neue Besetzung und alter Terror.

Frankreich begründet die neuen Besetzungen mit der Sperrung des Rhein-Herne-Kanals durch Verankerung zweier Röhre.

Der Wankheimer Zentralbahnhof ist stillgelegt. Alle Waren im Hauptbahnhof sind beschlagnahmt. Infolge der Personalverjaugung liegt der Pfälzer Bahnverkehr still. Die Gendarmerte in Offenburg und Appenweier ist aufgelöst.

In Duisburg ist wieder eine Milliarde Reichsbankgeld beschlagnahmt.

Am Hauptbahnhof in Essen erschoss ein französischer Posten einen bisher unbekanntem Deutschen.

In der Nacht vom 3. auf den 4. März ist der Bergmann Franz Grote in Wetzheroll ohne jeglichen Grund von einem Franzosen erschossen worden.

### Vor Cunos Reichstagsrede.

Die vorzeitige Einberufung des Reichstags zwecks Entgegennahme einer Regierungserklärung hat in Deutschland und darüber hinaus großes Aufsehen hervorgerufen. Verschiedene Gerüchte über den Inhalt der bevorstehenden Reichstagsrede, die im Umlauf sind, sind nach unseren Informationen unrichtig. Insbesondere trifft es nicht zu daß Dr. Cuno morgen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich und Belgien erklären wird.

### Französischer Verhandlungsführer.

Der „Le Temps“ vom Sonnabend schreibt:

Die deutsche Propaganda hat wirklich ein Wunder vollzogen, indem es ihr gelungen ist, die Franzosen zugleich als die teuflischsten und als die naivsten Menschen hinzustellen, die teuflischsten, weil sie den Gedanken hegen würden, dem Deutschen Reich wie durch einen Taschenspielertrick reiche und weite Gebiete zu entreißen, auf die die ganze Welt die Augen gerichtet hat, und die naivsten, indem sie zu solchen Zielen zu gelangen gedächten, indem sie sich als zugleich mit Schuld und mit Einquartierungsscheinen vorstellten würden, beides Rollen, in denen es selten gelingt, die Herzen zu erobern.

In Wirklichkeit will Frankreich nur zwei Dinge, immer die gleichen: seine Reparationen und seine Ruhe. Aber es denkt nicht daran, an das eigene Bein einen Bloß deutscher Bevölkerung zu fetten, den es sodann wie eine Bleitügel schleppen müßte. Was haben die Deutschen Südtirols, die doch nur ein paar hunderttausend Menschen sind, nicht alles für Unannehmlichkeiten der italienischen Regierung bereitet!

Was neue Tatsachen anbelangt, die dem Ruhrkonflikt ein Ende bereiten könnten, so sehen wir eigentlich nur die eine: das wäre die Umwandlung schriftlicher, genauer, offizieller und annehmbarer Vorschläge, die die deutsche Regierung direkt entweder den Besatzungsmächten oder der Gesamtheit jener alliierten Mächte übermitteln würde, die auf Reparation Anspruch haben. Wenn Deutschland sich an die Besatzungsmächte wenden würde, d. h. an Frankreich und Belgien, dann würden sich letztere selbstverständlich mit den übrigen interessierten Mächten beraten. Und wenn Deutschland sich an die Gesamtheit seiner Gläubiger wenden würde, so ist es ebenso selbstverständlich, daß keine Regelung getroffen werden könnte, ohne die Zustimmung der Besatzungsmächte und Italiens. Aber Deutschland ist bisher hartnäckig dabei geblieben, keine schriftlichen, genauen und offiziellen Vorschläge zu machen. Herr Cuno hat sich nicht einmal entschlossen, sein Angebot von Ende Dezember zu veröffentlichen, jenes Angebot, das Herr Bergmann beauftragt war, mündlich vor der Pariser Konferenz zu klitzieren.

### Strenge Bestrafung der Spionage.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten.

Der Reichspräsident hat auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung folgende Verordnung betr. Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet erlassen:

§ 1. Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus wird bestraft, wer während der in Friedenszeit erfolgten Besetzung deutschen Gebietes durch eine fremde Macht dieser in wirtschaftlichen, politischen oder militärischen Angelegenheiten als Spion dient oder Spionage dieser Macht aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet. Bei mildernden Umständen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder Gefängnis nicht unter zwei Jahren.

§ 2. Neben der Freiheitsstrafe ist auf Geldstrafe bis zu fünf hundert Millionen Mark zu erkennen. Neben Gefängnis kann auf Verlust der beiderseitigen öffentlichen Ämter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§ 3. § 93 des Strafgesetzbuches über die Beschlagnahme des Vermögens gilt entsprechend.

§ 4. Für die Aburteilung ist das Reichsgericht zuständig. Berlin, den 3. März 1923.

Die Verordnung wird in dem am 5. März 1923 zur Ausgabe gelangenden „Reichsgesetzblatt“ Teil I Nr. 17 erscheinen.

### Der sächsische Landesparteitag.

Die Frage der Regierungsbildung.

Dresden, 5. März. (Eigener Drohtbericht.) Die Landesversammlung der WSPD. Sachsens lehnte mit 95 gegen 30 Stimmen die Resolution des Landesauschusses und damit die Koalition mit den Demokraten ab.

Angenommen wurde mit 93 gegen 32 Stimmen ein Antrag Gruppe-Edel-Liepmann, der die neuen Vorschläge der SPD. für eine geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt, die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung fordert und zwecks Verhandlungen mit diesen einen ständigen Ausschuss einsetzt.

Ein Antrag Dr. Kleinrichst-Chemnitz, der die sächsische Gewerkschaftszentrale auffordert, ihren Beschluß gegen die Einberufung eines Betriebsrätekongresses aufzuheben und die Einberufung vorzunehmen, wurde dagegen abgelehnt. Gleichfalls mit 65 gegen 37 Stimmen wurde abgelehnt, mit den Kommunisten für die Auflösung des Landtags zu stimmen.

## Ein tschechisches Ausnahmegesetz

Am 6. März beginnt im Plenum des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses die Beratung jenes Schutzgesetzes für die Republik, an dessen Ausschlußberatung teilzunehmen die gesamte Opposition aller Nationen abgelehnt hat. Warum — das lehrt die folgende Darstellung, die uns von leitender Stelle der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechisch-slowakischen Republik zugeht:

Das Hauptmittel der tschechischen Regierungsmehrheit zur Mundtotmachung jeder politischen Opposition ist die Geschäftsordnung des Parlaments. Eine Parlamentswache sorgt dafür, daß im Hause immer Ruhe ist. Ausschüsse aus Sitzungen sind an der Tagesordnung, wenn die Opposition einmal aufmuckt. Während in allen Ländern die parlamentarische Tribüne frei ist und die Möglichkeit bietet, eine Kritik an den herrschenden Zuständen zu üben und sie dann auch der Öffentlichkeit zu unterbreiten, hat man in der „demokratischen“ Tschechoslowakei über den normalen Zensor, der bei jeder politischen Bezirksverwaltung zu finden ist, noch den parlamentarischen Zensor in der Person des Vorsitzenden des Parlaments gesetzt. Er kann Reden oder Teile davon, die ihm gegen das Staatsinteresse zu sein scheinen, aus dem Parlamentsprotokoll streichen, wodurch sie ihre Immunität verlieren. Das ist auch wiederholt geschehen.

Aber den Wächtern wurde immer noch zu viel herumkritisiert und deshalb soll ein Ausnahmegesetz die letzten Regungen einer oppositionellen Äußerung ersticken. Nach dem Mordanschlag auf den Finanzminister Dr. Raschin, den ein unreifer Burleske verübt hat und für den man irgendeine Partei nicht verantwortlich machen kann, wurden sogleich bei zwei Parteien der Regierungskoalition, bei den Nationaldemokraten, der Partei der Schwerindustrie, und leider auch bei den tschechischen Sozialdemokraten Stimmen laut, die nach einem sogenannten „Schutzgesetz für die Republik“ riefen. Ambassade tschechische bürgerliche Blätter verwiesen darauf, daß ein solches Schutzgesetz, wenn wirklich zum Schutze der Republik gedacht, sinnlos sei; aber die Agitation dafür ruhte nicht, bis sie ihren konkreten Niederschlag fand in einem vom Innenministerium ausgearbeiteten Entwurf, der dann den Koalitionsparteien als Verhandlungsgrundlage dienste.

Der ursprüngliche Entwurf enthielt eine Reihe ganz unmöglicher Bestimmungen, die im Regierungsentwurf ausgemerzt wurden. So war mit Gefängnis von zwei Wochen bis sechs Monaten bedroht, wer an einem öffentlichen Aufmarsch teilnimmt, obwohl er verboten war. Es hätte also ein einfaches Demonstrationsverbot genügt, um alle Teilnehmer unter harte Strafen zu stellen. Der § 35 des ursprünglichen Entwurfs setzte auf Streikdrohung aller öffentlichen Angestellten, sowohl des Staates wie der Gemeinden und schließlich jener der privaten Elektrizitätswerte, Verkehrsanstalten usw., mit ein- bis sechsmonatigem, den vollendeten Streit Kerker von sechs Monaten bis drei Jahren. Im Kriegsfalle waren doppelte Strafen vorgesehen, und als den Höhepunkt sah dieser Entwurf sogar die Verbannung vor.

Der definitive Regierungsentwurf, auf dessen Grundlage jetzt das Parlament verhandelt, hat dafür eine Reihe anderer Paragraphen ausgenommen, die keineswegs hinter jenen des ersten Entwurfs zurückstehen. So wird z. B. nach dem § 12 mit acht Tagen bis sechs Monaten Gefängnis bestraft, wer den Präsidenten der Republik oder dessen Stellvertreter „durch Beschimpfung, Mißhandlung oder — mit Gebärden (!) an der Ehre kränkt“, wobei jeder Wahrheitsbeweis oder die Ueberzeugung von der Wahrheit ausgeschlossen ist. Ob das dem demokratischen Empfinden des Volkes sonderlich dient, darf wohl bezweifelt werden.

Der § 15 enthält die Fußangeln, in denen die Presse gefangen werden soll. Er bestraft mit Arrest von drei Tagen bis zu drei Monaten den, der „unwahre Nachrichten verbreitet, die für wahr zu halten er keine genügenden Gründe hatte“. Damit kann natürlich jede journalistische Betätigung unmöglich gemacht werden, weil jeder nationalistische Richter — und es gibt deren leider nicht wenige in der Tschechoslowakei — schließlich immer sagen kann, ein Redakteur habe keine genügenden Gründe für die Annahme gehabt, eine von ihm aufgenommene Nachricht sei wahr. Und wie weit man hier gehen will, beweist der § 34, der die Blätter bei wiederholter Bestrafung wegen dieser Delikte mit der Einstellung, und zwar bis zur Dauer von sechs Monaten, bedroht.

Der § 16 wäre, objektiv angemessen, einer der vernünftigsten Abschnitte des Gesetzes. Er stellt unter schwere Strafen Gewalttätigkeiten oder andere feindliche Handlungen, die gegen einzelne Gruppen der Bevölkerung wegen ihrer Nationalität, Sprache, Rasse oder Religion begangen werden oder zu denen aufgereizt wird. Es ist bezeichnend für die geistige Einstellung der tschechisch-bürgerlichen journalistischen Kreise, daß sie gerade gegen diese Bestimmungen, die ihren deutschfeindlichen Hezereien einen gewissen Riegel vorschoben, Sturm gelaufen sind; voraussichtlich werden diese Strafandrohungen auch gemindert.

Eine ganz krasse Verletzung aller demokratischen Rechte stellt aber der § 23 dar: Arreststrafe von acht Tagen bis zu sechs Monaten für den, der „in einer Druckschrift einen Bericht über außerordentliche Maßnahmen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe veröffentlicht, obwohl dies verboten war“. Es hat sich in der letzten Zeit herausgestellt, daß bei größeren Streiks große Militär- und Gendarmereiaufgebote zur Aufrechterhaltung der Ruhe mobilisiert wurden, obwohl er-



# Berliner Bezirks-Parteitag.

fahrungsgemäß gerade die Anwesenheit von Truppen am wenigsten die Ruhe unter den Streitenden fördert. Nun wird man über diese Dinge nicht schreiben dürfen, der kapitalistische Staat will gegen den „inneren Feind“ wüten, wie er will — aber die Dezentralität darf davon nichts erfahren.

Der § 27 schützt von vornherein alle Spione und agents provocateurs vor einer Strafe, indem er Straffreiheit dem zusichert, der „tätige Reue“ empfindet und eine strafbare Handlung anzeigt, bevor sie entdekt ist.

Gleichzeitig mit den Freiheitsstrafen können nach § 29 auch Geldstrafen verhängt werden usw. bis zu 500 000 Kronen. Unter Umständen kann auch die Konfiskation des Vermögens ausgesprochen werden. Die bedingte Verurteilung wird für eine Reihe von Vergehen aufgehoben, bei den meisten Verurteilungen können auch die bürgerlichen Rechte aberkannt werden.

Für die Beurteilung der meisten im Gesetz genannten Vergehen wird ein Staatsgerichtshof errichtet, gegen dessen Entscheidungen der bedingte Return an das Oberste Gericht ergriffen werden kann. Die Zusammensetzung dieses Gerichts öffnet der Willkür Tür und Tor. Die Berufsrichter werden vom Präsidenten des Obersten Gerichts, die nichtberuflichen Juristen vom Präsidenten der Republik autokratisch ernannt. Irgendeine Befragung der Volkvertretung erfolgt in keiner Weise. Die Berufung an das Oberste Gericht kann nur in Form einer Nichtigkeitsbeschwerde, keineswegs aber gegen das Strafmaß erfolgen.

So betrachtet, ergibt sich aus dem Gesetzentwurf, der von den Koalitionsparteien auch ohne sonderliche Abänderungen beschlossen und damit nach acht Tagen Gesetz werden wird, daß er sich fast ganz gegen die von der Verfassung gewährleisteten demokratischen Rechte des Staatsbürgers wendet und insbesondere die gesamte Arbeiterbewegung hart bedroht. Jede Opposition soll mit Gefängnis, Kerker, Geldstrafe und Ehrverlust unmöglich gemacht werden. Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich natürlich auch gegen die tschechische Arbeiterbewegung wenden, deren Repräsentantin, die tschechische Sozialdemokratie, heute mit zu den lautesten Rufem im Streite für dieses Gesetz gehört.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hat, ihrer proletarischen Pflicht folgend, dem geplanten Ausnahmegesetz den schärfsten Kampf angesagt, ohne es zurzeit infolge der verworrenen politischen Verhältnisse, bei denen Arbeiter gegen Arbeiter stehen, wobei der tschechische Dritte das Kapital ist, verhindern zu können. In Massenversammlungen der deutschen Arbeiterschaft, die im ganzen Lande bereits im Zuge sind, zwischen dem 3. und 5. März aber eine machtvolle Steigerung erfahren sollen, wird das deutsche Proletariat seinem Protest gegen das Ausnahmegesetz Ausdruck verleihen. So wird das beschlossene Gesetz von vornherein auf sehr schwachen Füßen stehen, dies um so mehr, da es nur mit einer sehr schwachen Mehrheit sanktioniert werden wird. Von den 287 Abgeordneten stimmen nur 160 für die Mehrheit, 127, mehr als zwei Fünftel, stehen in Opposition.

Man pflegt sich bei den Koalitionsparteien, besonders bei den tschechischen Sozialdemokraten dahinter zu verschanzten, daß auch in Deutschland ein Schutzgesetz für die Republik besteht. Diese Argumentation übersieht aber völlig, daß in Deutschland die Republik durch die monarchistischen Quertreibereien ernstlich bedroht ist, während in der Tschechoslowakei jede Voraussetzung für ein solches Gesetz fehlt. Kein vernünftiger Mensch denkt an die Bedrohung der Republik. Die Unzufriedenheit des Proletariats, seinen Kampf um eine Verbesserung mit Ausnahmegeetzen erzwungen zu wollen; an dieser Unzufriedenheit ist schon Bismarck gescheitert, und es wird auch Kramarsch an ihr scheitern, wenn er schon durch einen grotesken Miß der Geschichte eine sozialdemokratische Partei auf seiner Seite hat!

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag nahm am Sonnabend eine Prüfung der oberösterreichischen Wahlen vor. Gewählt wurden die Zentrumskandidaten Ehrhardi, Döfla, Ripper, der deutschnationale Abg. Wolf und Genosse Dlonstl. Das Wahlprüfungsgericht erklärte die Wahlen für gültig.

## Das Schulwesen in Sowjetrußland.

Wie fast alle Nachrichten über die Zustände im neuen Rußland, so leiden auch die über das Bildungswesen unter der tendenziösen Färbung, die sie je nach der Quelle annehmen, aus der sie kommen. In den meisten Fällen schildert uns die eine Seite ein glückseliges Paradies, während die andere alle Schrecken der Hölle ausmalte. In der neuesten Nummer der von der Internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland herausgegebenen illustrierten Zeitschrift „Sichel und Hammer“ erregt jetzt Lunatschki, der Leiter des russischen Volkswirtschaftsministeriums für Volksaufklärung, selber das Wort und gibt in einem wegen seiner zahlreichen tatsächlichen Angaben sehr interessante Artikel einen Überblick über den heutigen Stand des sowjetrussischen Schulwesens.

Danach kommen für die Organisation der Schulen usw. vor allem zwei Gesichtspunkte in Betracht: erstens der Kampf gegen das Analphabetentum und zweitens die Ausbildung von Proletariern zur Uebernahme solcher staatlichen und gesellschaftlichen Funktionen, wie sie bisher die bürgerliche Intelligenz ausgeübt hat. Der ersten Aufgabe dient die Hauptstelle für politische Aufklärung, das „Glawpolitprosjekt“, dessen Tätigkeit sich trotz seines Namens keineswegs auf das rein politische Gebiet beschränkt. Im Jahre 1919—1920 wurden von ihm 80 000 Stellen errichtet, in denen über 2 800 000 Menschen lesen und schreiben lernten. Diese Zahl mußte aber aus Sparmaßnahmen bald bedeutend eingeschränkt werden. Das andere Ziel sucht die Hauptstelle für Berufsausbildung („Glawprofobr“) zu verwirklichen durch Schaffung eines Netzes von Parteischulen, die die ersten marxistischen Begriffe vermitteln, und durch die Parteiuinstituten in Moskau und Petersburg, die in dreijährigen Kursen den fähigsten Elementen eine „kommunistische Bildung“ geben. Dieses Schulnetz umfaßt 30 000 junge Menschen. Außerdem wurden in den Hochschulen Arbeiter-Fakultäten eingerichtet, an denen mehr oder minder vorbereitete Arbeiter, die über eine bedeutende praktische Erfahrung verfügen, die Möglichkeit erhalten, höhere Lehranstalten zu besuchen. Auch dieses System umfaßt 30 000 Studenten. Im Jahre 1922 erwiesen sich 3 500 Personen, die in Universitäten und technischen Hochschulen aufgenommen wurden, als vollständig vorbereitet. Die Hauptschwierigkeit besteht jetzt darin, daß der Sowjetregierung nicht die genügenden materiellen Mittel zur Verfügung stehen, um diesen Studenten einigermaßen befriedigende Lebensbedingungen zu schaffen. Die Studenten müssen nach Lunatschkis Worten „mehr als bescheiden leben, und diese Frage bildet für das Volkswirtschaftsministerium für Aufklärung ein schwieriges Problem“.

Das russische Rußland unterwirft auf dem Gebiet der jetzigen Sowjetrepublik 60 000 Schulen. Anfang 1920 erhöhte sich diese Zahl auf 70 000, gegenwärtig existieren — Mangel an Mitteln nötigte zur Einschränkung — nur noch 45 000 Schulen. Die Zahl der Schüler ist freilich nicht so stark gesunken, aber sie beträgt doch weniger als 50 Proz. aller russischen Kinder. Die Grundschule bildet die Einheitschule, die in allen ihren Klassen jedem zugänglich ist. Das Schulgeld war Anfangs abgeschafft, mußte aber später für wohlhabende Familien wieder eingeführt werden, so daß gegenwärtig nur etwa 60 Proz. aller Schüler kostenfreien Unterricht er-

halten. Aus der ersten Schultufe, den ersten vier Klassen, werden die fähigsten Schüler für die Schule zweiter Stufe ausgewählt, die für 5 bis 6 Proz. aller Kinder zugänglich ist. Sie entspricht der früheren Mittelstufe, hat aber aufgehört, ein Privilegium des Bürgertums zu sein, sondern ist in bedeutendem Maße demokratisiert und an manchen Orten proletarisiert. Zwischen die Schulen erster und zweite Stufe sind schließlich noch 500 Schulen eingefügt, die von 30 000 halberwachsenen Fabriklehrlingen besucht werden und neben der technischen auch eine elementare Bildung vermitteln.

Was die innere Ausgestaltung des russischen Schulwesens anbelangt, so gelang es, die Reformen durchzuführen, die seine besonderen Ausgaben erfordern: Modernisierung des Lehrplans mit Abschaffung der klassischen Sprachen, gemeinsamer Unterricht für Knaben und Mädchen, Selbstverwaltung der Schüler usw. Dagegen vollzieht sich die Einführung der Arbeitsgrundzüge der Schule in Uebereinstimmung mit den marxistischen Grundgedanken über den Kontakt der Schule mit der Industrie in sehr langsamem Tempo. Man muß sich mit dem Bewußtsein begnügen, daß es ziemlich viele städtischen Schulen gibt, die ihre eigenen Werkstätten haben, und nicht wenige Dorfschulen, die ihren Unterricht auf die Bauernwirtschaft stützen und die ihre eigenen Obst- und Gemüsegärten, Hühnerhöfe und manchmal auch eigene Viehplätze haben.

Die „Lehrinstitute“ liefern jährlich etwa 1000 Lehrer. „Einige dieser Schulen“ — sagt Lunatschki — „haben bereits solche Lehrer herangezogen, wie wir sie uns wünschen, die Schulen in Petrograd, Moskau und in der Provinz. Andere bedürfen noch einer großen Arbeit, da es an Lehrkräften kommunistischer Charakters selbst für die Lehrinstitute mangelt.“

Alles in allem gewinnt man den Eindruck, daß der Aufschwung, den das russische Bildungswesen in den ersten Jahren der Republik genommen hat, durch den Uebergang zur „neuen ökonomischen Politik“, sehr wesentlich gehemmt worden ist. Es fehlt an den nötigen materiellen Mitteln. Um all die Pläne zu verwirklichen, die man entworfen hatte, ist — nach Lunatschkis eigenen Worten — „eine viel solidere Basis notwendig.“ Ob es gelingen wird, diese Basis in absehbarer Zeit zu schaffen, kann erst die Zukunft lehren.

Ruhr-Orchester. Die Städte Bochum, Dortmund, Essen entsandten ihre Musiker zu uns, um tünden zu lassen, welche herrlichen Geistes sie in ironischer Stunden fähig sind. Diese künstlerische Gefandtschaft spricht durch den Mund Schulz-Dornburgs hohe, schöne Worte der Verbrüderung, der Gemeinschaftlichkeit, des Brüderbundes von Land zu Land, von Mensch zu Mensch. Im Großen Schauspielhaus rüstet sich eine mehr als hundertköpfige Musiker-Schar zur Tat. Drei Dirigenten, alle drei von beneidenswerter Eigenprägung, übernehmen die Führung. Max Fiedler ist längst als einer der bedeutendsten Brahms-Interpreten bekannt und liegt hier mit der 1. Sinfonie. Schulz-Dornburg, der Erste, der in Deutschland Bruckner-Fests zuwege brachte, leitet die Fiere durch das Adagio der 6. Sinfonie ein. Eine Anbahn, eine Anbrunst, eine Kenntnis der Sorgfalt ohne gleichen, tief durchlebt und nur in die Ungunst des Raumes an Klangintensität verlierend.

Der außerordentliche Bezirkstag der Berliner Organisation beendete am gestrigen Sonntag die vor einer Woche begonnene Besprechung des Referats von Otto Weis; da Weis gestern nicht in Berlin sein konnte, wurde er vom Gen. Dr. Hilferding vertreten.

Schwahn: Als Cuno die Regierung übernahm, stellte er sich auf dem Boden der Erfüllungspolitik. Cuno kann aber nie die Absicht, zu erfüllen, gehabt haben, denn sonst könnte er ja nicht der Vertrauensmann der Schwerindustrie sein. Kann man Erfüllungspolitik treiben, wenn man der Vertrauensmann dieser Leute ist? Die Partei bekämpft augenblicklich zu drei Fünfteln den französischen und nur zu einem Fünftel den deutschen Kapitalismus. Der Redner polemisiert gegen den „Vorwärts“, der in der Frage der Kohlensteuer und auch in anderen Fragen verlagert habe. Es geht nicht an, daß der Chefredakteur in seiner sonst so prächtigen Weise über diese Dinge einfach hinweggeht. Es soll der deutschen sozialistischen Presse eine namhafte holländische Summe zur Verfügung gestellt worden sein. Darüber ist noch keine Klärung gegeben worden. Vielleicht hätte man durch sie den Abonnementspreis niedriger halten können.

Dreyfuß: Ich habe als Vertreter des „Dais Harard“ das Aufgebot bereit und die Stimmung der Bevölkerung anders kennengelernt als der Genosse Stamper, gegen den ich keinen Vorwurf erheben will. Es ist doch ein Skandal, daß der Chefredakteur des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei nicht in die Lage versetzt wird, sich aller technischer Hilfsmittel bedienen zu können, wie es jedem Auslands-Korrespondenten ermöglicht wird. Wenn man sich aber der technischen Hilfsmittel aus ökonomischen Rücksichten nicht bedienen kann, verkennt man bald, sie anzuwenden. So geht man eher aus von vorgefaßten Meinungen und läßt sich weniger von den Tatsachen leiten. So kommt es, daß die Verbindung zwischen Berlin und der Ruhr fast völlig unterbrochen ist. Im Ruhrrevier denkt man durchaus wirtschaftlich. Man verfolgt dort die Verbindungen der Berliner Regierung, soweit sie durchführbar sind. Die hierige Stimmung wird sehr gut wiedergegeben in einem Artikel Gotheins im „Acht-Uhr-Abendblatt“, in dem es u. a. fungemäß heißt: „Lieber werden die Ruhrarbeiter den letzten Kotsosfen sabotieren, als ihn den Franzosen zu überliefern.“ Man hat im Ruhrgebiet darüber nur verächtlich die Achseln geschüttelt. Statt von hier aus Flugblätter ins Ruhrgebiet zu senden, sollte man lieber prominente Arbeiterführer des Ruhrgebiets nach Berlin kommen lassen. Ich beantrage daher die alsbaldige Einberufung einer Berliner Funktionärerversammlung mit der Tagesordnung: „Der wirtschaftliche Kampf im Ruhrgebiet“, in der Vertreter der Eisenbahner, Metallarbeiter und Bergleute aus dem Ruhrrevier sprechen sollen. Der Redner legt eine Resolution vor, die die Wünsche der Ruhrarbeiter ausdrücken soll und sagt, daß der Kampf der Ruhrarbeiter nicht aus nationalistischen Gefühlen, sondern aus dem Drange nach Freiheit und dem Haß gegen den Imperialismus entspringe. Das nächste Ziel der Partei sei, zu Verhandlungen mit Frankreich zu kommen, die die Freiheit des Ruhrreviers sicherstellen sollen. Das könne nur durch Aufstellung und Ausführung eines befriedigenden Programms der Erfüllung geschehen.

Zweitling: Ich glaube, daß auch wir nicht berechtigt sind, den Ruhrarbeitern Ratsschlüsse zu erteilen. Diese Auffassung wurde auch vom Genossen Stamper vertreten, als er sagte, daß ihm die Zustimmung der Ruhrarbeiter wichtiger sei als die Aufhäufung. Wir müssen uns klar darüber sein, daß eine in unmittelbarem Kampfe stehende Front sehr leicht gegen den Gegner einen unsachlichen Haß bekommen kann. Diese Gefahr wird von Tag zu Tag verstärkt durch die Haltung des „Vorwärts“ in dieser Frage. Wir sind nicht nur eine Partei der Ruhrarbeiter, sondern eine des gesamten Proletariats. So kann es kommen, daß die Partei unter Umständen eine Haltung einnehmen kann, die nicht ganz der Stimmung der Ruhrarbeiter entspricht. Es darf nicht geschehen, daß wir durch Rücksichten auf eine politische Frage ins Hintertreffen kommen. Wir dürfen nicht aus Opportunitätsgründen die prinzipiellen Fragen zurückstellen. Wir haben nicht einen Einfronten, sondern einen Zweifrontentrieg zu führen.

Eduard Bernstein: Ich habe mir erlaubt, zu der Resolution Weis eine Ergänzung einzubringen, die bereits in die im „Vorwärts“ abgedruckte Resolution aufgenommen ist. Es handelt sich um diese Stelle: „Er warnt die Reichsregierung eindringlich davor, sich durch verbrecherische Hege sich national oder völkisch nennender Elemente von irgendeinem Schritt abschrecken zu lassen, der ernste Prü-

fung der Umstände als Gebot der Vernunft erscheinen läßt.“ Es geht heute eine schamlose Hege vor sich, er regiert die Phrasen vom Durchhalten bis zum Ende.

Der Fall Hindenburg ist typisch.

Wie kann dieser Mann, der politisch ein Kind ist, erklären: „Lieber eine Million Menschen opfern, als in Schande leben.“ Es ist niemals eine Schande, der Liebermacht zu weichen. Gewiß, was die Schulte in Paris anordnet, dafür ist kein Wort zu sagen. Die Ruhrbesetzung führt augenblicklich einen Kampf, von dem wir zwar wünschen, daß sie ihn bis zum erfolgreichen Ende kämpfen könnte, von dem wir aber wissen, daß die Kräfte sehr ungleich verteilt sind. Wir sind den Gewaltmaßnahmen der Franzosen gegenüber wehrlos. Selbst Bismarck hat zugegeben, daß Gewalt eine Todsünde wäre. Wir haben keine Macht außerhalb Deutschlands, die uns zu Hilfe kommt, weil die Großen mitgemerkt haben an der Schaffung des Versailler Vertrages, und weil die Kleinen sich von den Großen einschüchtern lassen. Das lange Hinhalten nützt uns gar nichts, wir müssen erklären, was wir leisten wollen. Am 26. April 1917 hat die damalige konservative Partei in einer Resolution gegen den von der Sozialdemokratie geforderten Frieden ohne Annexionen protestiert, weil er das Vaterland in den Abgrund führen würde. Wir könnten heute froh sein, wenn wir einen solchen Frieden bekommen hätten. (Zustimmung.) Das Tollste ist, daß die Leute, die diesen Wahnsinn vertreten haben, heute das große Wort führen dürfen. Das zeigt allerdings, daß wir nicht ganz auf der Höhe sind. Ich glaube, daß die Partei sich, von einzelnen Entgleisungen abgesehen, objektiv verhalten hat. Sie hat sich selber nur zu sehr auf Abwehr beschränkt. Der „Vorwärts“ schreibt mir ein wenig zu vornehm. Diese Leute müssen schon etwas größer angefaßt werden. (Zustimmung.) Tatsache ist, daß derjenige, der gleichzeitig noch zwei Fronten kämpfen will, seine Kraft schwächt. Es ist auch eine Phrase, zu sagen, „wir haben kein Vaterland“. Diese Auffassung ist ganz falsch. Wer kann denn von den Arbeitern heute noch auswandern? Die

Arbeiterklasse als Klasse ist gebunden an ihr Land und sie hat ein Interesse daran, daß ihr die Produktionsmittel nicht gestohlen werden. (Zustimmung und Beifall.) Daher tritt auch keine Klasse so energisch für die Rechte unseres Landes ein, wie die Arbeiterklasse und ihre Partei. Uns fehlt aber eins: das Feuer und die Wärme, um der Arbeiterklasse das Bewußtsein der großen Mission ihrer Klasse einzuprägen. Da muß mehr geschehen, dann wird die Sozialdemokratie auch wieder die stärkste Partei in Berlin werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Hilferdings Schlußwort:

Unsere Politik wird bestimmt durch Ereignisse, auf die wir keinen Einfluß haben. Wir haben von Anfang an erklärt, daß wir den passiven Widerstand unterstützen, und ich glaube, daß das von der gesamten Politik gebilligt wird und gebilligt werden muß. Wir müssen uns klar sein, daß es sich bei diesem Kampf um eine großartige neue Erscheinung in der Geschichte handelt. Tolstoi empfahl gegen den Krieg den passiven Widerstand und wurde dafür als weltfremder Phantast angesehen. Nun wird diese Idee verwirklicht. Es ist ein harter Schlag gegen den Militarismus, daß der passive Widerstand, die Waffe der Arbeiterklasse, die dem gewalttätigen Einbruch entgegengesetzt werden kann, bis zu einem gewissen Grade auch Erfolg hat. Der Sinn dieser Politik ist, daß gegenüber dem Eingriff des Militarismus die Unversiehrtheit unseres Landes gemacht werden muß. Die Unabwägbarkeit der Ruhrkauterlei: muß erkalten und ihr Zusammenhang mit uns darf nicht gelöst werden, denn die deutsche Arbeiterbewegung würde in ihr wertvolle Kräfte verlieren. So ist es eine feynästische Fiktion, die sie bei ihrem Kampf erfüllt. Ich habe noch nie ein so gutes sozialistisches Gewissen gehabt wie in jenem Augenblick, als ich für den passiven Widerstand eintrat. Wenn wir den Eingriff der Franzosen abwarten, so geben wir dem nicht unser Festhalten an der Erfüllungspolitik auf. Unser Standpunkt muß sein: Keine oder verstreute Annexion — nein, dreimal nein, zur wirtschaftlichen Verbrüderung aber sind wir jederzeit bereit und dazu muß jede Gelegenheit ergriffen werden. Sie fordern den Sturz der Regierung Cuno.

Das hat zur Voraussetzung, daß ihre Nachfolgerin unsere Politik macht. Glaubt irgend jemand, daß, wenn wir die Regierung Cuno jetzt stürzen, bürgerliche Parteien bereit wären, mit uns eine Regierung zu bilden? Ich fürchte vielmehr, daß dieser Versuch der Regierung Cuno die Unterföhung der Deutschnationalen

Wilhelm Sieben hätte man bald auf den Schuftern fortgetragen: der jugendliche Meisterdirigent war bei der Leitung von V. Beethoven'scher Sinfonie ein Feuer, eine Salzkraut, ein von Musik wahrhaft durchdrunter Musikant. Im Aufschwung dieses Kapellmeisters und dieses Werkes kam eine heftig-patriotische Erregung zustande, die durch eine politische Ansprache des Reichspräsidenten noch verließ wurde. K. S.

Jadlower-Gasspiel. Er ist nicht mehr der fröhliche Spieler von einst, aber er ist auch schon wieder über den Tiefstand der letzten beiden Jahre hinaus. Das bringt nur ein Mann von künstlerischer Jucht zuwege. Sein Graf Richard ist eine stilistisch fein gesungene, leicht und gut gespielte Partie. Die hohen Töne zwar sind heiser, beschattet, oequält, die Mittelstimm aber so edel, so weich, daß man sich über jede Fermate, jedes italienische Rubato freut. Leider ging der Orchesterleiter auf seine derartige Intention ein; es schien wieder einmal ohne Probe gehen zu sollen. Stärker als Jadlower, der im Sterbeakt erregend wirkte, wurde Schlusnus gefeiert. Ueberall, wo Battistini nicht den Applaus auf offener Szene erzielte, reichte man auch diesem Meister des deutschen bel canto den Lorbeerkranz. Auch die Amalia der Frau Heckmann Bettendorf fand in ihrem teilnahmewollen Spiel Anerkennung. K. S.

Hakenkreuz-Terror in Prag. „Die letzte Nacht“, die gewaltige Schlussszene aus Karl Kraus' „Legten Tagen der Menschheit“, ist im Prager Deutschen Theater von der bestbeachteten Aufführung abgesehen worden, weil die Hakenkreuzler, besonders ihre akademische Hauptleitkraft, mit Rabau gebracht hatten, wenn diese „deutschfeindliche“ Stille aufgeführt würde. Karl Kraus' Tragödie geißelt nämlich die Verderber des deutschen Namens und läßt eigentlich die reichsdeutschen Offiziere noch eine sehr gute Rolle spielen im Vergleich zu den „Fischhaken“ der habsburgischen Armee. In Prag haben die Hakenkreuzler es schon zum Rücktritt des Universitätsrektors gebracht, den sie wegen seiner jüdischen Abstammung maßlos anpöbelten. Man kann sich vorstellen, wie sehr es den tschechischen Interessen dient, daß das böhme Prager Deutschtum jetzt ganz von Hiltierianern repräsentiert zu werden scheint!

Ein und jetzt! In Preußen bestand seit 1811 eine Kopfsteuer, die 1/2 Taler betrug. 1820 wurde sie durch die Klassensteuer ersetzt, die 1822 vervollkommen wurde. Danach gab es vier Hauptklassen mit je drei Steuerstufen. Klasse I zahlte 144, 96, 48, Klasse II: 24, 18, 12, Klasse III: 8, 6, 4, Klasse IV: 3, 2, und 1 1/2 Taler Steuer. Der reichste Mann in Preußen zahlte also jährlich 144 Taler Steuer. Damals kam der Staat mit solchen bescheidenen Beträgen aus, und heute hat er bei Milliarden-Einnahmen Milliarden-Defizite. — Wilhelm's herrliche Zeiten!

Der Regendeckel-Restopp. Das „Große Haus“ des Siedlicher Schloßtheaters schließt am 15. seine Pforten als Sprechbühne, um sie als Spielbühne wieder zu öffnen.

Die Amerikanische Vereinigung für Staatsbürgerliche Erziehung veranstaltete ein Preisausreiben für Schüler aller Länder über das Thema „Die wesentlichen Grundlagen für das Zusammenleben aller Völker und Völkern“. Ein Schüler des Gymnasiums in Dablen erhielt den dritten Preis (25 Dollars). Ein neuer Wettbewerb ist ausgeschrieben. Näheres bei dem Internationalen Arbeitskreis für Erneuerung der Erziehung, Berlin W. 8, Behrenstr. 26a.



einbringen würde und daß sie so in eine viel größere Abhängigkeit von dieser Partei kommen würde. Ich glaube nicht, daß man mit den Kommunisten eine Regierung bilden kann, weil ich nicht sehe, welche Politik die Kommunisten machen. Sie waren bis vor kurzem Gegner der Erfüllungspolitik. Wir haben vor wenigen Tagen in der „Roten Fahne“ gelesen, daß es im Augenblick die wichtigste Aufgabe sei, Erfüllungspolitik zu treiben. Ich weiß nicht, wie sie morgen darüber denkt. Aber das eine weiß ich, daß unsere Kommunisten die Politik der russischen Regierung treiben, denn an die Existenz einer russischen kommunistischen Partei glaube ich nicht. Und welche Politik die russische Regierung machen wird, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Man weiß nicht, ob sie nicht versuchen wird, mit Frankreich in dieser Situation in irgendeinen Afford zu kommen und dann vielleicht auf Kosten des deutschen Proletariats, Arbeiterregierung oder sozialistische Koalitionsregierung stehen beide vor der Frage: Wie lösen wir die auswärtige Krise? Bevor man nicht die Aussicht hat, zu einer für das Proletariat günstigen Verständigung zu gelangen, hat es keinen Zweck, in die Regierung einzutreten. Unsere Aufgabe ist vielmehr, auf die Regierung Cuno in unserem Sinne einzuwirken, und dazu sind wir als stärkste Partei durchaus in der Lage. Es ist nicht richtig, daß Cuno ohne weiteres als Exponent der Deutschnationalen zu betrachten ist. Man vergesse aber nicht, daß er bereit war, als Außenminister in das Kabinett Birkh einzutreten.

In England und Amerika wird es immer klarer, daß die Beherrschung der Ruhr durch die französische Schwerindustrie den Frieden und das Gleichgewicht in Europa gefährdet. Wenn der Druck dieser Ansicht im Auslande stärker wird, wird auch die französische Regierung zur Verhandlung bereit werden. Es ist Aufgabe der Partei, auf die Regierung einzuwirken, daß sie sich für diese Verhandlungen bereit hält. Das ist es, was in der Resolution Bels gefordert wird.

Ich bin durchaus der Meinung Bernsteins, daß das Wort „der Proletarier hat kein Vaterland“ außerordentlich mißverstanden werden kann, wenn es aus dem Zusammenhang herausgerissen wird. Wir wissen aus unserem Klassenkampf, daß es nichts Schlimmeres geben kann, als nationale Unterdrückung.

und daher haben wir immer mit Nachdruck die Forderung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker hervor. Wir lehnen jeden Anspruch einer Nation auf Herrschaft über eine andere ab und wenn diese Nationalisten der eigenen Nation angehören, dann haben wir ihnen auf das Schärfste entgegenzutreten.

In der Resolution Bels ist klar ausgesprochen, daß wir die „Einheitsfront“ ablehnen. Auf dem Parteitag in Lille habe ich gesagt: „Es gibt Genossen, die es der deutschen Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, daß sie in der inneren deutschen Politik das nicht durchgesetzt haben, was man nach ihrer Stärke hätte erwarten können. So oft wir eine Frage der inneren Politik lösen wollten, ist immer wieder eine neue Bedrohung, eine neue auswärtige Krise dazwischen gekommen, und dann ist es immer schwer, den inneren Kampf fortzusetzen, und gerade die französische Politik ist es gewesen, die uns unseren Kampf erschwert hat.“ In dieser Situation sind wir auch heute wieder. Gewiß, keine Einheitsfront, aber wir dürfen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Ausrottung des inneren Kampfes außerordentlich erschwert ist. Es ist selbstverständlich, daß wir in dieser Situation unsere Kräfte nicht nur gegen die deutschen Kapitalisten, sondern in erster Linie gegen die auswärtigen Kapitalisten einzusetzen haben. Dem trägt die Resolution Bels Rechnung. (Zwischenruf: Wenn wir bis dahin nicht verhungert sind!) Wenn unsere Genossen im Ruhrgebiet Entbehrungen auf sich nehmen, fühlen wir mit ihnen und sind solidarisch mit ihnen, aber — das sollte mit aller Schärfe ausgesprochen werden — diese Opfer sind notwendig, denn sie werden nicht für eine kleine Sache gebracht, sondern für die Erhaltung des Volkes, für die Unabhängigkeit der Arbeiterschaft. (Bravo!) Das Ziel des Widerstandes erfordert und lohnt Opfer und ist es dem sozialistischen Kämpfer, zu jammern, wenn Opfer gebracht werden? Ja, wir sind es, unsere Genossen an der Ruhr sind es, die diese Opfer bringen und nicht das nationalpolitische Gesindel in München und Berlin, das im sicheren Hinterlande seine Kräfte brüht.

Der Redner polemisiert gegen die von Aufhäuser vertretene Auffassung. Wir sind nicht in der Regierung Cuno, wir haben volle Freiheit des Handels. Der Trennungstrieb ist da, er braucht nicht erst gezogen zu werden. Wir vertreten gegen diese Regierung unsere eigene Politik. Gegen den Inhalt der Resolution Drehsfuß habe ich nichts einzuwenden. Sie gibt aber die Stimmung der Arbeiterschaft und nicht der Berliner Arbeiterschaft wieder. Bei der inhaltlichen Übereinstimmung der beiden Resolutionen können wir uns durchaus auf die Resolution Bels stützen.

Ich glaube, daß ein großer Teil der Anträge gegen den „Vorwärts“ überreicht. Davor müssen wir uns hüten. Es ist nötig, daß eine Aussprache über diese Anträge herbeigeführt wird. Ich bitte daher, sie der neu gewählten Präkommission zu überweisen. Wir müssen der nationalpolitischen Hege mit größter Wucht entgegenzutreten.

Ich bin erstaunt, daß sozialistische Versammlungen von Hakenkreuzern gesprengt werden können. Gegen die Gefahr des Faschismus müssen wir unseren Mann stehen und es ist eine Schande, wenn uns die Hakenkreuzer irgendwo über den Kopf wachsen. Kein Genosse darf fehlen, wenn die Partei ihn ruft. In diesem Kampf hat der „Vorwärts“ die Aufgabe voranzugehen, wie er die Aufgabe hat, die Gesamtpolitik der Partei zu führen.

Man soll sich in der Politik vor falschen Vergleichen und falschen Analogien hüten. Die Zeit von heute ist nicht mit der von 1914 zu vergleichen. Es ist kein Bürgerkrieg im Innern, aber auch außenpolitisch läßt sich die Situation nicht vergleichen. Heute handelt es sich darum, gegenüber einem ausländischen Imperialismus das Selbstbestimmungsrecht einer Nation zu wahren, und daß diese Nation die deutsche ist, kann uns als internationale Sozialisten nicht zu einer anderen Stellungnahme führen. Glauben Sie, daß es einen deutschen Sozialisten geben könnte, der nicht gegen einen Überfall französischer Gebiete, der unter den gleichen Umständen erfolgt wie der im Ruhrgebiet, energisch protestierte? Als ich in Lille unsere Stellungnahme entwickelte und die Folgen der französischen Politik zeigte, fand ich nicht nur Verständnis, sondern auch die lebhafteste Zustimmung der englischen, französischen und belgischen Genossen. Die Gesamtlinie unserer Politik ist die gerade Linie sozialistischer Vorkämpfer und wir haben nicht den geringsten Grund, in unserem sozialistischen Gewissen beunruhigt zu sein.

Der Kampf der Ruhrarbeiter ist ein Kampf für Sozialismus und Frieden. es ist der Klassenkampf des Proletariats gegen Armonen und Tanks. Diesen Kampf führen wir auch unter Opfern, allerdings unter der Herrschaft unserer sozialistischen Vernunft, die uns sagt, daß am Ende die Verständigung steht, um den Frieden der Welt zu sichern. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution Bels würde hierauf gegen wenige Stimmen angenommen. Zur Annahme gelangte auch der Antrag Drehsfuß: „Drohender denn je erhebt die geschlossene Unterherrschaft ihre Haupt, um zum Schlag gegen die freigewerkschaftlichen Organisationen auszuholen. Die Befestigung des Achtstundentages, die Niedrighaltung der Löhne und Gehälter ist ihre Perole. Angesichts dieser Tatsache hält es der Bezirkstag für erforderlich, daß die Einheit und Geschlossenheit der freigewerkschaftlichen Organisationen unter allen Umständen gewahrt werden muß. Aus diesem Grunde fordert der Bezirkstag die Parteigenossen und Genossinnen auf, mit aller Energie den Zertrümmerungsabsichten der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften entgegenzutreten. Unter keinen Umständen darf es dahin kommen, daß durch die Raubheit unserer Parteigenossen es der AFD gelingt, auch das letzte Bollwerk, welches die deutsche Arbeiterschaft in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus besitzt, zu zerbrechen. Es wird deshalb den Parteigenossen zur Pflicht gemacht, in allen Be-

werkschaftsversammlungen derartigen Bestrebungen entgegenzutreten und die Parteigenossen in jeder Mitgliederversammlung auf die ungeheuren Folgen aufmerksam zu machen, welche eine Zerstörung der Gewerkschaft nach sich ziehen müßte.

Der Bezirkstag erwartet, daß jeder einzelne seine Pflicht auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung erfüllen wird.“ Die den „Vorwärts“ betreffenden Anträge werden der Präkommission überliefert. Ueber die zur politischen Lage gedruckten vorliegenden Anträge wurde ebenfalls abgestimmt. Eine Reihe weiterer Anträge wurden dem Bezirksoorstand und den Fraktionen im Reichstag, Landtag und Stadtparlament überwiehen.

Vor der politischen Debatte hatte der Bezirkstag über die Stand der Organisation beraten.

Theodor Fischer berichtete, die Hoffnung, daß sich der Einfluß der Organisation nach der Wiedervereinigung erheblich vermehren werde, hat sich leider nicht erfüllt. Zwar sind unsere Fraktionen im Reichstag, Landtag und Gemeindeparlamenten stark geworden, aber die wirtschaftliche Lage hat entgegengeköhrt. Wir hatten im 1. April v. J. in der SPD. 44 462, in der USPD. 27 000, zusammen 71 462 Mitglieder. Bei der Bereinigung hatte die ehemalige SPD. 37 573, die USPD. 16 490, zusammen 54 072 Mitglieder. Die Abrechnungen des Kassierers haben gezeigt, daß die Zahlen sich den Tatsachen durchaus nähern, sie bleiben um 25 Proz. hinter denen vom 1. April v. J. zurück. Die Kleinarbeit muß gewissenhaft erledigt werden; aber auch mehr Großzügigkeit! Richtig die Parteiverammlungen mit Kleingeldströmern anzufüllen, die vielen die Lust an der Organisation verleiht.

Alex. Pagels berichtete: In jedem Jahre ist im 4. Quartal ein Answellen der Mitgliederziffern und in dem darauffolgenden 1. Quartal ein Nachlassen der Zahlen festzustellen. Das liegt wahrscheinlich daran, daß ein großer Teil der Kassierer im letzten Quartal noch einmal eifrig alle Beitrittsbeiträge einsammelt, um dann im nächsten Quartal zu erlahmen. Der Umfang der Eintrittsmarken betrug im 4. Quartal 1921/22 1082, im 1. Quartal 1922/23 1049, im 2. Quartal 1713 und im 3. Quartal 2290. Wenn trotzdem vom 2. zum 3. Quartal 1922/23 nur eine Mitgliederzunahme von 390 Mitgliedern festgestellt werden kann, so wird entweder sehr nachlässig kassiert, oder aber es herrscht eine so große Fluktuation in unserer Organisation, an die wohl tatsächlich keiner glauben wird. Pagels schildert die nachlässige Geschäftsführung einzelner Abteilungen. Die Einnahme betrug in den letzten drei Quartalen 13 950 000 M., die Ausgaben 10 410 000 M. Der Redner empfiehlt die Ablehnung einer Reihe die Kassengeschäfte betreffenden Anträge.

In der Aussprache machten die Genossen Lempert und Schlemmer eine Reihe Anregungen. Ein Schlußantrag betonte die Beförderung, deren sachlicher Ertrag den Parteigenossen in der Organisation zur Kenntnis kommen wird.

Zu Beisitzern wurden gewählt: Hedwig Bachenheim mit 262, Krille mit 229 und Richter mit 129 Stimmen. Nachdem Vorsitzender Genosse Schlegel auf die Frauenwoche hingewiesen und zu energischer Mitarbeit im Interesse der Partei aufgefordert hatte, erzielte die Tagung nach 3 Uhr ihr Ende.

### Gesundbeterpropaganda.

In Zeiten der Not steigert die Kirche ihre Werbearbeit. Hoffen auch die Gesundbeter, daß für ihre Saat der Boden jetzt günstiger sein wird? Sie selber nennen sich Scientisten und behaupten, daß sie das wahre Christentum wiedergefunden haben. Die Berliner Scientisten veranstalteten am Sonntag im großen Saal der Philharmonie eine Werbearbeitung, zu der sie aus London einen Apostel herbeigeholt hatten. Eine seit Wochen betriebene außerordentliche Reklame, für das Geld offenbar von der amerikanischen Mutterkirche zur Verfügung gestellt war, und der Verzicht auf jedes Eintrittsgeld, hatte ihnen ein volles Haus gebracht. Heute aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten waren gekommen, doch schien diejenige Schicht, die man als „kleinen Mittelstand“ bezeichnet, weit aus die Mehrheit zu haben.

Zu hören gab es nur einen schlichten Vortrag ohne jedes Drum und Dran, ohne Zusätze von Gesang oder Gebet, auch ohne Stimmungsäußerungen aus der Zuhörerschaft. Wer etwa Unterhaltung erwartet hatte, der dürfte sich sehr enttäuscht gefühlt haben. Der Redner versprach zu zeigen, wie die Segnungen des Christentums zu allen kämen, die willig in die „christliche Wissenschaft“ einzudringen sich bemühen. „Christliche Wissenschaft“ ist das Schlagwort der Scientisten, aber was sie treiben, steht in keinerlei Beziehung zu irgendwelcher Wissenschaft. Ihre „Wissenschaft“ ist simple Gesundbetererei, die sich auf Glaube und vermeintliche Gewissheit stützt. Die Heilart Christi, versicherte der Redner, sei heute noch genau so anwendbar wie vor 1900 Jahren. Wir müssen nur glauben, daß unsere aufrichtigen Gebete erfüllt werden. Wir bedürfen eines Glaubens, wie es der eines Kindes ist, das weiß, daß die Eltern ihm die Bitte erfüllen. Natürlich denken die Scientisten nicht an Gesundung nur des Körpers, aber die angeblichen Erfolge, die ihre Gesundbeterei besonders auf diesem Gebiete haben soll, werden doch sehr stark von ihnen betont. Zum Schluß forderte der Apostel des wiedergefundenen Christentums seine Zuhörer auf, sich an dem Lehndruck der „Christlichen Wissenschaft“ über die dort entwickelten „Regeln“ zu unterrichten. Wenn sie richtig angewendet werden, versagen sie — beteuerte er — nie.

Man sieht: die Sache hat Methode.

### Kommunisten und Kriegervereiner.

Zu wüsten Ausschreitungen kam es am Sonntag in Erfter anläßlich eines Stiftungsfestes des dortigen Kriegervereins. Als die Teilnehmer sich zum „Hilgottesdienst“ begeben hatten, rückten etwa 700 bis 800 Kommunisten heran, die eine Gegendemonstration veranstalten wollten. Während des Gottesdienstes befielen sie die Kirchenchören. Nach Beendigung der Feier forderten die Kommunisten, daß die Teilnehmer die Kirche nicht in geschlossenem Zuge, sondern einzeln verlassen, was nach einigem Verhandeln auch schließlich gelang wurde. Als dann aber die Kriegervereiner mit ihren Angehörigen aus dem Gotteshause heraustraten, fiel die ganze Gesellschaft über sie her und verprügelte sie. Dann zogen die Kommunisten wieder ab. Inzwischen war telephonisch die Schutzpolizei in Köpenick benachrichtigt worden, die auf Postkraftwagen eine Abteilung nach Erfter entsandte, doch waren bei dem Eintreffen die Kommunisten bereits verschwunden. Die Art des „politischen“ Kampfes, die hier von den Kommunisten angewandt wurde, deutet sich völlig mit der von den Hakenkreuzjünglingen propagierten Kampfesweise. Der Inhalt ihres Denkens und die praktische Handlungsweise stimmt bei den beiden extremen Richtungen ausgezeichnet überein. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß solches Vorgehen zu einer Verwilderung des politischen Kampfes führen muß, den kein verständiger Mensch begründen wird.

### Die „Sicherheit“ eines Schwindlers.

Der 14jährige Otto Wiese aus der Reuterstraße in Neukölln hatte am Sonnabend für den Kaufmann Gerhard Walker aus der Bärnerstraße in Neukölln auf einem Handwagen Ware abzurufen und 97 000 M. einzulassieren. Dabei muß er beobachtet worden sein. Ein jüngerer Mann verschleppte ihn am Nachmittag in ein Bierlokal und versprach ihm 2000 M., wenn er mit seinem Handwagen aus der betanen Gähler-Hausstraße am Ringbahnhof Treptow einen Zentner Tabak und 197 000 M. abhole. Er müsse aber „zur Sicherheit“ die einkassierten 97 000 M. zurücklassen. Damit kein Geld verlorengehe, übergab der Mann dem Jungen seine eigene Brieftasche. Der Vierzehnjährige ging auf den plumpen Vorschlag ein und erfuhr natürlich an der Wochentafel, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. Er irrte dann weinend noch längere Zeit in den Treptower Straßen umher, bis Passanten die Polizei benachrichtigten. Der Betrüger war längst verschwunden.

## Der Prozeß Röber-Morvilius.

### Die Anträge des Staatsanwalts.

Im Prozeß Röber-Morvilius beantragte der Staatsanwalt folgende Strafen: Für Frau Röber 5 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen Frau Hüls eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren 6 Monaten, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen Frau Morvilius eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen Frau Edert 2 Jahre Gefängnis; gegen den Ehemann Hüls 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht; gegen den Ehemann Förster dieselbe Strafe; gegen den Ehemann Morvilius 1 Jahr Zuchthaus; für die zweite Hälfte der Strafe Leinigung; für eine Bewährungsfrist bei Zahlung einer Buße von 3 Millionen Mark; gegen den Angeklagten Schmidt 1 Jahr Gefängnis, Bewährungsfrist für die zweite Hälfte der Strafe gegen Zahlung einer Buße von 2 Millionen Mark; gegen den Ehemann Röber eine Strafe von 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

Die weiblichen Angeklagten brachen unter den Anträgen des Staatsanwaltes schluchzend zusammen. Frau Röber sprang immer wieder auf, rang die Hände und rief: „O Gott, Herr Präsident, das kann ich nicht überleben!“ während die anderen Angeklagten leise vor sich hin schluchzten. Die männlichen Angeklagten nahmen die Strafanträge äußerlich mit Ruhe hin.

### Schleichhandel und Wucher.

Eine schwere oder gerechte Strafe verhängte das Buchergelicht 3 gegen den Kartoffelhändler Hartmann wegen Preiswuchers mit Kartoffeln. Der Angeklagte hatte in der Umgebung Berlins zwei Waggons Kartoffeln auf gekauft und diese dann nicht an Kleinhändler abzugeben, sondern an Großhändler mit einem Aufschlag von 40 bis 50 M. für den Feinvertrieb verkauft. Das Buchergelicht des Landgerichts 3 verurteilte Hartmann zu einem Monat Gefängnis und einer Million Geldstrafe.

### Ein Schachheim.

Am 11. März eröffnet der Berliner Arbeiter-Schachklub im Gewerkschaftshaus, Angelier 25, ein Schachheim. Damit wird endlich dem Bedürfnis der Berliner Schachspieler Rechnung getragen. Der Spielbetrieb wird durch Vorträge geschichtlicher sowie theoretischer Natur unterhaltend gestaltet. In jedem Sonntag von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr werden alte und junge Schachspieler einen angenehmen und billigen Aufenthalt finden, da der Getränkevertrieb aufgehoben ist. Eine reichhaltige Bibliothek sowie gutes Spielmaterial steht jedermann gegen eine Gebühr von 20 M. zur Verfügung. Arbeiter und Jugendliche sind auch hieran befreit. Nur ist das Spielen um Geld oder um anderen Einsähen streng verboten. So dürfte das Schachheim bald eine Kulturstätte werden.

### Ein erschütterndes Familienbild entrollt der Selbstmordversuch eines Jünglings.

Gegen 11½ Uhr nachts sprang der 16jährige Arbeitshilfe Erich Rabuth aus der Försterstraße 19 von der Hochreißbrücke in den Kanal. Auf seine kläglich hilflose wurde der junge Mann von Passanten und Schwupolizisten wieder herausgezogen und nach der nächsten Rettungsstelle gebracht. Arbeitslosigkeit und unbeschreiblich traurige Familienverhältnisse hatten ihn zu dem Verzweiflungsschritt getrieben. Der 16jährige war buchstäblich der Gedächter seiner Mutter und seiner fünf jüngeren Geschwister, da der Vater sich um die Familie überhaupt nicht kümmerte. Aus der gleichen Veranlassung hat bereits vor einem Jahre die ältere Schwester ihrem Leben ein Ende gemacht.

### Gnadengesuch für einen Muttermörder.

Für den kürzlich vom Schwurgericht des Landgerichts III zu 10 Jahren Zuchthaus wegen Totschlages seiner Mutter verurteilte Otto Paer, wofür wir ausführlich berichteten, hat der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. S. Kron ein Gnadengesuch eingereicht zu dem Zweck, die Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe umzuwandeln. Das Gesuch ist von den Geschworenen und den Richtern unterstützt worden, da man allgemein hinterher die Strafe als eine zu schwere betrachtet hatte, mit Rücksicht darauf, daß Paer durch seine schwer hysterische Mutter zu der Verzweiflungstat gebracht worden sei. Öffentlich wird dem Gnadengesuch entsprochen.

### Die Jugendweibe in Weikensee findet am Sonntag, den 25. März, vormittags 10 Uhr, in der Grunewaldstraße, Wilhelmstr. 23, statt.

Der Vorkursunterricht wird jeden Dienstag, vom 24. 10. Uhr, in der weltlichen Schule, Ederstraße, abgehalten. Die Teilnehmer, Eltern und Passanten sind beim Genosse Lehrer Stemmer oder Genossen Dahn, Adlerstr. 7, zu erheben.

### Der Berliner Volkschor übt in dieser Woche fünfmal, am Dienstag, 1/8 Uhr, in der Wala, Kappelerstr. 76.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise auflockernd, jedoch überwiegend trübe, kühl und etwas neblig bei ziemlich häufigen nordwestlichen Winden. Regenwahrscheinlichkeit.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. Kreis Mitte. Die Abteilungsleiter werden beinahe etwasi zur erweiterten Kreisvorstandssitzung am Dienstag, den 6. abends um 9½ Uhr, im Bürgerheim, Wite Schönbauer Str. 23/24, in wichtiger Angelegenheit zu erscheinen.
- 16. Abteilung. Dienstag, den 6. abends 7 Uhr, Reichshof Hof. Wie Parteigenossen, die Mitglieder der Konsumgenossenschaft sind, werden am Erscheinens beinahe abert. Brieflich Delegiertenwahl.
- ca. und 97. Wkt. Reußstr. Die für Dienstag angeordnete Mitgliederversammlung in der Schule Wilmersdorf. Wegen sehr Unwäthende habe ich
- 103. Wkt. Oberkasseler. Die für Dienstag angeordnete Familienversammlung findet schon heute abend 7½ Uhr in der Cottbuser-Straße statt.
- 114. Wkt. Hildesberg. Heute abend, 1/8 Uhr, bei Köhler, Böhlganger Straße 17. Versammlung der Konsummitglieder der 98. Verkaufsstelle.
- 117. u. 118. Abteilung Wilmersdorf. Konsummitglieder. 7. 22. Dienstag, den 6. 7½ Uhr, in der Schule, Wilmersdorf. Versammlung. Familienversammlung findet schon heute abend 7½ Uhr, bei Köhler, Böhlganger Straße 17, statt.

## Devisenkurse.

	5. März		3. März	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Papier-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	8972.51	9017.49	8977.50	9022.50
1 argentinische Papier-Peso . . .	8418.00	8461.10	8428.57	8471.13
1 belgischer Franc . . . . .	1206.97	1213.09	1206.97	1213.03
1 norwegische Krone . . . . .	4149.60	4170.40	4179.52	4200.48
1 dänische Krone . . . . .	4394.06	4385.96	4389. . .	4411. . .
1 schwedische Krone . . . . .	6024.90	6055.10	6034.84	6065.18
1 finnische Mark . . . . .	—	—	622.19	625.31
1 japanischer Yen . . . . .	10872.75	10827.22	10872.75	10827.25
1 italienische Lire . . . . .	1089.27	1094.78	1089.78	1095.24
1 Pfund Sterling . . . . .	106732.50	7267.55	106732.50	107267.50
1 Dollar . . . . .	22710.58	22824.42	22738.01	22851.99
1 französischer Franc . . . . .	1391.53	1388.47	1374.05	1380.95
1 brasilianischer Milreis . . . . .	2591.15	2548.85	2591.15	2548.85
1 Schweizer Franc . . . . .	4249.85	4270.65	4254.83	4275.67
1 spanische Pesta . . . . .	3536.18	3553.87	3536.18	3553.87
100 österr. Kronen (abgefl.) . . . . .	—	—	81.92	82.08
1 tschechische Krone . . . . .	—	—	673.81	676.69
1 ungarische Krone . . . . .	—	—	7.55	7.50
1 bulgarische Lewa . . . . .	—	—	180.17	180.63
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	—	—	235.41	236.59



